

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post gegen Beleggeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die einspaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 3.

Sonnabend, den 18. Januar 1919.

23. Jahrgang.

Unsere Forderungen an die Steinindustrie.

In den meisten Zahlstellen laufen die Abmachungen über die Teuerungszulagen ab. Aus Dingen von Schreiben wird uns die Mitteilung, daß die Löhne in der Steinindustrie viel zu gering sind, und daß alle Kraft des Verbandes darauf zu konzentrieren sei, damit auch den Steinarbeitern den Verhältnissen entsprechende Löhne zu gewähren seien. Trotzdem wir während des Krieges mehrere Teuerungszulagen-Bewegungen durchführten, ist es uns nicht gelungen, die Arbeitslöhne so gestalten zu können, daß die Kollegen halbwegs zufrieden sein konnten. Nun ist zwar der unheilvolle Krieg beendet, aber der längst ersehnte Friede ist noch nicht eingetreten, das Wirtschaftsleben stockt immer noch. Wir sind ferner vom Auslande vollkommen abgeschnitten, so daß für einen großen Teil der deutschen Industrie jeder Rohstoffbezug auch heute noch unmöglich ist. Erreicht man es nicht, so ist die Steinindustrie nicht an Rohstoffen, wir haben dieselben in Hülle und Fülle. (Nur die Schleifereibetriebe sind auf die Auslandseinfuhr der Rohstoffe angewiesen.) Bisher konnten in den Steinbruchbetrieben auch noch sämtliche, vom Seeresdienst Entlassenen untergebracht werden, und an Aufträgen ist kein Mangel. In der Steinindustrie konnte deshalb die Produktion in größerem Umfange wieder aufgenommen werden, wobei sich allerdings der Kohlen- und Waggonmangel noch störend bemerkbar machen wird.

Die Kollegen sind physisch und wirtschaftlich aber so erschöpft, daß die Verbandsleitung beschloß, an die energische Durchführung der Tarif- und Lohnbewegung, welche sich über das ganze Reich zu erstrecken hat, unverzüglich heranzugehen. Die Verbandsleitung stellt den Verhältnissen entsprechend folgende Forderungen auf:

I. Tarifkündigung.

Sämtliche Tarife sind an den Fälligkeitsterminen zu kündigen. In einer Reihe von Orten haben die Kündigungen bereits am 31. Januar zu erfolgen. Die Zahlstellen haben somit die Kündigung zu bewirken.

Dort, wo die Möglichkeit besteht, aus den Lokaltarifen, Bezirkstarife zu schaffen, muß dem unter allen Umständen Rechnung getragen werden. Für die Schleifereigruppe sind Verhandlungen im Gange zur Schaffung eines Reichstarifs, daran schließen sich Verhandlungen an zum Abschluß eines Randstarifes für die Granitwerksteinindustrie in Bayern. Auch für die größeren Sandsteinbezirke soll ein Reichstarif auf der Grundlage des bestehenden „Sachstarifes“ zur Einführung gelangen.

Bei den neu abzuschließenden Tarifen ist ferner festzusetzen:

- der Mindestlohn für die Auslösung der Montagearbeiter,
- die Gestaltung der Lohnsätze für die Lehrlinge.

II. Lohnerhöhung.

a) Für die Affordarbeiter sind die bisherigen Teuerungszulagen auf mindestens 100 Prozent des Grundlohnes vom Jahre 1914 zu bringen. Die gesamten Zulagen sind in die neuen Tarifabmachungen hineinzuarbeiten. Dort, wo dieser 100prozentige Satz bereits Gültigkeit hat (es kommen einige Städte in Frage), ist die neue Zulage durch tarifliche Bindung in zwei Staffeln um insgesamt 30 Prozent zu erhöhen. Durch die Unentschlossenheit der steinindustriellen Verbände wurden in einigen Bezirken die Verhandlungen bezüglich der Gewährung von Teuerungszulagen immer wieder hinausgeschoben, so daß der Höchstlohn bisher bloß 60—70 Prozent beträgt. Dadurch kamen die Steinarbeiter gegenüber anderen Berufen stark ins Hintertreffen. Den Affordarbeitern ist ferner ein bestimmter Wochenlohn zu garantieren, die Höhe desselben ergibt sich aus der Multiplikation des vereinbarten tariflichen Stundenlohnes mit der 48stündigen Arbeitszeit.

b) Lohnausgleich wegen der Einführung des 8-Stundenarbeitstages.

Durch Beschluß der Reichsregierung wurde vom 1. Januar an der 8-Stundenarbeitstag eingeführt; eine Lohnkürzung gegenüber dem früheren Verdienst darf nicht stattfinden. Wir fordern deshalb, daß vom 1. Februar an infolge Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnaufbesserung um mindestens 20 Prozent stattfindet. Dieser 20prozentige Lohnausgleich hat neben der Gewährung der neuen Teuerungszulagen zu erfolgen und dürfte für die meisten Steinbruchbetriebe, in denen bisher 10 Stunden gearbeitet wurde, in Frage kommen. (Mit den Granitschleifereibetrieben und dem Deutschen Steinindustrieverband ist leider das vor einigen Wochen beantragte Abkommen noch nicht zustande gekommen.)

c) Erhöhung der Stundenlöhne.

Die Stundenlöhne sind während des Krieges nur minimal aufgebessert worden. Wir müssen deshalb fordern, daß für die Brecher, Steinmetzen und Schleifer, soweit Zeitlohnarbeiten in Frage kommen, solche Stundenlöhne festgesetzt werden, wie diese für die Maurer im jeweiligen Bezirk

gelten. Für die Hilfsarbeiter in der Steinindustrie müssen die gleichen Löhne festgesetzt werden, als wie diese für die Bauhilfsarbeiter gelten. Die Lohnzulage für die vorgenannten Kategorien muß jedoch pro Stunde mindestens 20 Pf. betragen. In den Städten soll der Stundenlohn für Steinmetzen höher sein, als wie bei den Maurern.

III. Lohnarbeit.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, daß dort, wo die Möglichkeit besteht, die Zeitlohnarbeit einzuführen, dieses geschieht.

Auf keinen Fall ist es zulässig, daß etwa an Stelle des Zeitlohnes wiederum Akkord eingeführt wird. Bei der Gewinnung von Rohmaterialien, bei der Beschäftigung in Kunststeinfabriken, ferner bei der Bearbeitung des Betons und anderer künstlicher Steinsorten, desgleichen in Grattstein-geschäften soll nur Zeitlohnbeschäftigung in Frage kommen.

IV. Vorseitigung des Werkzeugsellers.

Bei allen neuen Tarifabschlüssen ist darauf hinzuwirken, daß die Firmen die Beschaffung der Brech- und Steinmetzwerkzeuge, sowie der Schleif- und Poliermaterialien selbst vorzunehmen haben. Auch die Instandsetzung der Werkzeuge hat auf Kosten der Firmen zu geschehen.

V. Die Preisgestaltung steinindustrieller Produkte.

Die Verbandsleitung wird alle Bestrebungen unterstützen, damit in der Steinindustrie die Schmuckkonkurrenz beseitigt wird. Wir werden im Interesse einer besseren Entlohnung der Arbeiter auch dahin wirken, daß die Baubehörden und Privatauftraggeber die Preise für steinindustrielle Produkte zeitgemäß erhöhen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß wir es aufs schärfste mißbilligen, daß sich die Behörden bis jetzt Preiserhöhungen gegenüber, ziemlich ablehnend verhalten haben.

VI. Beschaffung von Arbeiten.

Wir bemerken dann noch, daß wir während des Krieges oftmals an die Behörden herantreten sind, daß Werksteinlieferungen, desgleichen Lieferungen für Straßenbaumaterialien herauszugeben seien. Die gemachten Eingaben hatten nachweislich Erfolg. Wir werden auch weiterhin Schritte zur Beschaffung von Aufträgen unternehmen.

VII. Durchführung der Forderungen.

Die Zahlstellen sind beauftragt, und zwar mit Hilfe der Gauleitungen, die vorgenannten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Den steinindustriellen Verbänden sind die Forderungen ebenfalls übermitteln worden, aber jene Leitungen dürften kaum das Wollen bekunden, auf zentraler Grundlage zu verhandeln. Selbstredend haben wir auch die Hilfe der zuständigen Reichsbehörde in Anspruch genommen, aber zumeist müssen sich die Kollegen auch in den Zahlstellen darum bemühen, daß die gestellten Forderungen zur Durchführung gelangen.

Begründung zu vorstehenden Forderungen.

Zu I. Die Tarife müssen schon deshalb gekündigt werden, weil die fertliche Fixierung in vielen Fällen nicht mehr zeitgemäß ist. Die architektonische Entwicklung hat schon vor dem Kriege auf die Werksteinindustrie sehr ungünstig gewirkt. Profilarbeiten wurden immer seltener, so daß meist nur glatte Flächen herzustellen sind. Die bisherigen Tarife waren hauptsächlich auf Profilarbeiten angeknüpft, dabei konnte noch eher etwas verdient werden. Muß aber der Steinmetz vorwiegend auf Flächen arbeiten, so ergibt sich, daß die jetzigen Tarifpositionen auch nicht mehr im entferntesten eine auch nur bescheidene Verdienstmöglichkeit zulassen. Deshalb müssen bei den neuen Tarifverhandlungen die Akkordsätze für die Flächenarbeiten ganz bedeutend heraufgesetzt werden.

Daß ferner die Tarife im allgemeinen vereinheitlicht werden sollen, das hat ja der Leipziger Verbandstag im Vorjahr mit Nachdruck wiederum gefordert. Unseren Gauleitungen obliegt ebenfalls die Pflicht, dahin zu wirken, daß in den einzelnen Steinbruchgebieten die Lokaltarife zu Bezirkstarifen verschmolzen werden. Es darf nicht mehr vorkommen, daß immer wieder neue Lokaltarife zum Abschluß kommen. Sowie eine großzügige Tarifpolitik in Betracht kommt, hat bisher der „Deutsche Steinindustrieverband“ völlig veragt. Gewiß hat sich die Leitung jenes Verbandes ebenfalls für die Schaffung großer Tarifgebiete ausgesprochen, aber die Bezirksverbände zeigen keine große Lust, diese Verhandlungen wirklich mit Nachdruck betreiben zu wollen.

Als eine Selbstverständlichkeit muß es betrachtet werden, daß bei den Tarifabschlüssen die Lohnsätze für die Lehrlinge zukünftig geregelt werden. Wir müssen uns des jungen Nachwuchses annehmen, müssen uns auch ferner darum kümmern, daß die Lehrlinge in beruflicher Hinsicht eine bessere Ausbildung erfahren.

Zu II. Die Steinarbeiter haben niedrige Löhne, diese Tatsache ist hinreichend bekannt. Nur in den Großstädten sehen die Verdienste unserer Kollegen denen der Bauarbeiter gleich. Wenn man nun verlangt, daß die Teuerungszulagen von insgesamt 60—70 Prozent auf 100 Prozent gebracht werden, so sind dies keine unerfüllbaren Forderungen. Man hat sich bisher sehr wohl gehütet, die Löhne der Steinarbeiter der Öffentlichkeit mitzuteilen. Ist es etwa unerhört, wenn bei der jetzigen enorm verteuerten Lebensweise das Lohn Einkommen eines Steinarbeiters auf 2400—3000 Mark gebracht wird. Wollen dabei vielleicht die Herren Unternehmer mit dem Einwurf kommen, daß diese Löhne die Steinindustrie lahmlegten?

Die „hohen“ Löhne der Steinarbeiter!

Ueber die Durchschnittslöhne in der Steinindustrie sei zur allgemeinen Beurteilung auf die Ziffern verwiesen, welche dem Geschäftsbericht der Steinbruchs-Verufsgenossenschaft für das Jahr 1917 entnommen sind und folgendermaßen lauten. (Für 1918 liegen die Ziffern leider noch nicht vor.):

1913	1188 M.
1914	1167 M.
1915	1193 M.
1916	1311 M.
1917	1467 M.

Der Durchschnittslohn vom Jahre 1914 einschließlich des Jahres 1917 ist somit genau um 300 Mark gestiegen. Rechnen wir für die Steinindustrie 280 Arbeitstage im Jahre, so ergibt sich, daß sich der Tagesverdienst um 107 Pf. erhöht hat. Gewiß ist in Orten wie Berlin, Bremen, Dresden, München, Köln, Posen usw. die Steigerung eine viel größere, aber für die ländlichen Distrikte ist die berufsgenossenschaftliche Statistik vollständig zuverlässig.

Wenn ferner in einigen Spezialgruppen höhere Durchschnittslöhne erreicht wurden, als wie die berufsgenossenschaftlichen Ziffern erkennen lassen, so verdienen die Hilfsarbeiter eben sehr häufig unter dem Durchschnittslohn. Um nun vollends ein übersichtliches Bild über die Löhne in den einzelnen Sektionen der Steinbruchs-Verufsgenossenschaft zu geben, seien folgende amtliche Zahlen vorgeführt:

Es betragen die Jahresdurchschnitts- löhne in den Sektionen:	1914	1915	1916	1917	Steigerung 1917/14
I Bayern, rechtsrheinisch	1018	1037	1158	1356	4.46
II Baden, Württemberg, Hessen	1219	1299	1402	1600	5.36
III Elsaß-Lothringen, Walz, Hessen	1183	1264	1396	1608	5.36
IV Rheinprovinz, Birkensfeld	1292	1348	1502	1668	5.55
V Westfalen, Hessen-Rheinland	1287	1303	1473	1570	5.23
VI Prov. Sachsen, Anhalt, Thüringen	1111	1088	1181	1147	5.82
VII Röntgenreich Sachsen	1121	1139	1236	1324	4.41
VIII Schlesien	1001	958	1034	1115	3.73
IX Hannover, Oldenburg, Braunschweig	1208	1256	1347	1458	4.84
X Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Polen, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg	1170	1219	1347	1512	5.04

Die Ziffern lassen doch ohne weiteres erkennen, daß die Löhne in der Steinindustrie sehr verbesserungsbedürftig sind. Wir behauern recht lebhaft, daß für das Jahr 1918 die statistischen Unterlagen noch nicht vorliegen, die Durchschnittslöhne werden sich aber nur unwesentlich erhöht haben.

Die Herren Unternehmer werden bei der jetzigen Teuerungszulagenbewegung wiederum große Schwierigkeiten machen. Es wird sicherlich auf die schlechte Rentabilität der Steinindustrie verwiesen werden. Wir können jenen Einwand aber nicht gelten lassen, denn es muß gesagt werden, daß leider die steinindustriellen auf die Preispolitik für ihre Produkte nicht genügend Einfluß gewinnen wollen. Der bekannte Mannheimer Stadtbaurat **Verh** hat kürzlich eine Aufstellung erscheinen lassen über die Preissteigerungen im Baugewerbe. Diese Steigerung betrug:

für den Kubikmeter Mauerwerk	94 Prozent
für Betonarbeiten	103
für Schmiedearbeiten	175
für Mauersteine	165
für Steinmetzarbeiten	30

Auffällig ist, daß die Preise für Steinmetzarbeiten bloß um 30 Prozent in die Höhe gegangen sind. Dabei kommt ja für die Steinarbeiter am besten zum Ausdruck, wie schwer sie bei der Durchführung der Teuerungszulagen zu kämpfen haben. In der Steinindustrie fehlt unternehmerseitig leider jeder Zusammenhang, um auf die Preisbildung bessernd zu gestalten. Die Herren Unternehmer verweisen immer darauf, daß in der Steinindustrie die Möglichkeit noch nicht bestände, regelnd auf die Preispolitik einzuzwirken. Neue Anschauung müssen wir entschieden bestreiten. Wenn aber die steinindustrielle Organisation jenen Programmpunkt nicht erfüllen kann, so können sich deshalb die Steinarbeiter nicht dauern mit niedrigen Löhnen abfinden lassen.

Die Forderung, wegen der Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnerhöhung um 20 Prozent eintreten zu lassen, muß als selbstverständlich genannt werden. In den Steinbrüchen wurde meist 10 Stunden gearbeitet, durch die Einführung des Achtstundentages beträgt der Lohnausfall faktisch 20 Prozent.

Am schlechtesten sind während des Krieges die Stundenlohnarbeiter gefahren. Die Herren Unternehmer gaben dieser Kategorie bloß die jeweiligen prozentualen Teuerungszulagen, was einen Nachteil gegenüber den Affordarbeitern

